

Die europäische Idee

ETIENNE FRANÇOIS

Liebe Frau Langenfeld, lieber Herr Streinz, meine sehr verehrten Damen und Herren,

nochmal ganz herzlichen Dank für Ihre Einladung. Mit einem kleinen Zusatz: Ich fürchte, dass Frau Langenfeld durch die Vorstellung, die sie von mir gemacht hat, zu hohe Erwartungen bei Ihnen geweckt hat. Ich werde mir Mühe geben, sie nicht zu sehr zu enttäuschen, denn um ganz ehrlich zu sein, meine Anwesenheit hier ist für mich auch eine große Ehre und gleichzeitig ein wichtiger Dienst, den Sie mir erweisen. Sie haben darauf hingewiesen: Ich bin weder Jurist noch Ökonom, ich bin einfach Historiker. Und die Diskussionen, die ich ganz aufmerksam verfolgt habe, gestern und heute, haben mir vieles beigebracht, was ich nicht wusste oder was ich nur annähernd ahnte. Insofern war das für mich auch ein Tag der Weiterbildung. Und dafür möchte ich allen ganz herzlich danken. Ich werde nach französischer Art meine Ausführungen in drei Teile gliedern, die ich nicht formuliert habe, weil ich die Diskussionen auch mitberücksichtigen wollte, das heißt, ich habe mir Stichworte gemacht. Und da ich kein Muttersprachler bin, kann ich leider nicht ausschließen, dass ich ab und zu einen „Schnitzer“ mache – ich bitte vorab um Entschuldigung und um Verständnis.

Viele haben darauf hingewiesen, gestern und heute, dass der sogenannte Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion zusammen mit dem Stabilitätsmechanismus ein wichtiger Schritt in die gute Richtung für Europa darstellt. Und ich bin als Franzose besonders froh darüber, dass das französische Parlament vor kurzem diesen Vertrag ratifiziert hat, und zwar mit einer großen Mehrheit. Und an dieser Mehrheit hat sich auch die Opposition beteiligt, was für französische Verhältnisse eher außergewöhnlich ist. Das ist ein gutes Zeichen. Stellt dieser Vertrag

mit dem Stabilitätsmechanismus eine Kehrtwende für Europa dar? Sind wir dabei, aus dem Tunnel rauszukommen? Ist diese Maßnahme ein allein seligmachender Schritt für Europa? Ich würde in der Hinsicht mit aller Vorsicht Skepsis anmelden. Und da bin ich, glaube ich, im Einvernehmen mit der Mehrheit von Ihnen, auch mit der Mehrheit der Referenten, die mich darin eher bestätigt haben. Diese Entscheidung ist zwar getroffen, aber noch nicht von allen. Sie ist getroffen, aber auf Kosten einer Vertiefung der Spaltung innerhalb der Europäischen Union. Großbritannien nimmt daran nicht teil, und was kann ein Europa sein, an welchem Großbritannien nur am Rande teilnimmt? Das ist eine weitere Frage, die wir nicht einfach ausklammern können. Darüber hinaus merke ich – wie alle –, dass diese Entscheidung relativ spät getroffen wurde. Man brauchte sehr viele Diskussionen, sehr viele Debatten, Hin- und Her-Bewegungen, um zu diesem Beschluss zu kommen. Ist diese Entscheidung – was man sehr oft in der europäischen Politik sagt – zu spät und zu wenig? Ich weiß es nicht. Aber eins ist jedenfalls ganz klar für mich: Wenn auch diese Maßnahmen ganz gute Instrumente gegen die Staatsverschuldungskrise sind, so ist die Krise, die wir im Moment in Europa haben, nicht nur eine Staatsverschuldungskrise, sondern viel mehr. Zuerst sollte vielleicht daran erinnert werden, dass die Staatsverschuldungskrise eine Konsequenz der Finanz- und Bankenkrise war. Die Verschuldung von vielen Staaten hängt damit zusammen – nicht bei allen, im Falle von Griechenland ist das nicht der Fall. Aber die massive Zunahme der Verschuldung in der Bundesrepublik, in Frankreich oder in anderen Ländern hängt damit zusammen, und da schließe ich mich der Meinung von Amartya Sen an, der vor kurzem schrieb: „Schließlich wurde die Krise durch das System selbst verursacht.“ Die Krise steht auch für ein moralisches Scheitern, das Scheitern eines Systems, das einzig und allein auf finanziellen Werten gegründet ist, und das sollte man nicht vergessen. Und auch im Falle von Griechenland: Warum konnte der Staat Griechenland so schnell und so leicht Gelder auf den Märkten bekommen, obwohl alle wussten, dass das nicht in Ordnung war? Die Verantwortung ist – glaube ich – mehr als geteilt.

Erste Bemerkung: Wir haben es also mit einer Krise zu tun, die mehr als eine reine Staatsverschuldungskrise ist. Zweite Beobachtung: Durch die Krise und in der Krise stellen wir eine bedenkliche, ja, besorgniserregende Zunahme der Diskrepanz zwischen den europäischen Ländern fest. Es gibt auf der einen Seite die sogenannten Südländer, die in einer tiefen Krise stecken, und auf der anderen Sei-

te die Nordländer, zu welchen die Niederlande, die Bundesrepublik und teilweise auch Frankreich gehören, die von der Krise profitierten und auch in der Krise immer noch profitieren. Der Reichtum der Bundesrepublik hat sich ungefähr um ein Viertel erhöht in den fünf letzten Jahren. Und da ist es schwer zu sagen, dass die Bundesrepublik nicht von der Krise profitiert hat. Darüber müssen wir auch ein bisschen nachdenken, denn diese Zunahme der Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Ländern steht im Widerspruch zu den Hoffnungen, die mit der Schaffung der gemeinsamen Währung und darüber hinaus mit der Schaffung der Europäischen Union verbunden worden waren, nämlich eine Konvergenz, eine Annäherung zwischen den europäischen Ländern. Und darüber hinaus gibt es nicht nur eine Zunahme der Diskrepanz zwischen den Ländern, sondern auch eine Zunahme der Ungleichheit innerhalb der Länder, zwischen Arm und Reich, und noch mehr zwischen den Generationen. Es wurde ein bisschen darüber gesprochen, gestern und heute, aber für meine Begriffe noch zu wenig, und deswegen erlaube ich mir, nochmal darauf zurückzukommen. Und wenn alles, was ich hier angedeutet habe, zutrifft – jedenfalls sehe ich das so in meiner historischen Naivität –, dann würde ich zu dem Schluss kommen, dass die heutige Krise in Europa nicht nur eine Krise der Märkte, des Vertrauens der Märkte ist, sondern darüber hinaus eine tiefgreifende Vertrauenskrise von Europa und in Europa. Ich las gestern in dem an sich ganz informativen Papier des Verbands der Bayerischen Wirtschaft diese Bemerkung: „Wir erleben derzeit eine große Vertrauenskrise in der Eurozone. Im Kern handelt es sich um eine Verschuldungskrise von einzelnen Staaten. Es gilt, so schnell als möglich das Vertrauen der Märkte wiederherzustellen.“ Daran ist nicht zu zweifeln, ich fürchte aber, dass es nicht reicht. Denn wir haben es mit einer Krise von einer anderen Dimension, einer Vertrauenskrise der Bürger zu tun. Und neben diesem Zitat aus dem Verband würde ich gerne eine Bemerkung des leider zu früh verstorbenen Bronislaw Geremek zitieren, die er machte, unmittelbar nachdem die Franzosen und die Niederländer den Verfassungsvertrag abgelehnt hatten. Er schrieb: „Wir sollten uns fragen, ob es nicht gerade ein Mangel an gegenseitigem Vertrauen und an Gemeinschaftsgefühl ist, der an der Basis der Probleme liegt, die die Europäische Union mit ihren Bürgern hat und die die Bürger mit der Europäischen Union haben.“ Das wäre der erste Punkt meines Vortrags.

Zweiter Punkt: Bei aller Einsicht in die Tiefe der Krise, die ich – auf die Gefahr hin mich zu wiederholen – für eine durchgreifende Vertrauenskrise halte und nicht nur eine Krise der Märkte, sollten wir allerdings an Europa nicht verzweifeln, sollten wir besser gesagt den Blick für die Realitäten und den Blick für die Proportionen nicht verlieren. Darauf wurde auch in mehreren Referaten hingewiesen. Zuerst sollte, auch wenn das ein bisschen eine Rhetorik von älteren Menschen ist, auf die gewaltigen Errungenschaften des europäischen Prozesses hingewiesen werden. Der europäische Raum ist zum ersten Mal in seiner langjährigen Geschichte nicht nur zu einem Freiheits-, sondern auch zu einem Friedensraum geworden. Und wenn man von dem Bürgerkrieg in Jugoslawien absieht, gab es keine Kriege auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg. Nie hat Europa eine so lange Friedenszeit erlebt wie nach '45. Das ist für die jungen Generationen selbstverständlich, und es ist erfreulich, dass es für sie selbstverständlich ist. Aber in der langen Perspektive, in der Perspektive der Historiker, ist es überhaupt nicht selbstverständlich. An diese europäische Ausnahme sollte nochmal erinnert werden, das ist ganz wichtig. Und warum ist unser Raum zu einem Friedensraum geworden? Weil unmittelbar nach den Konflikten die Länder beziehungsweise die Gruppen, die am meisten unter dem zweiten Weltkrieg gelitten haben, eine andere Form des Verhältnisses untereinander entwickelt haben, und das insbesondere mit dem ehemaligen Gegner, unter welchem sie so stark gelitten haben.

Als erstes Beispiel sei auf die berühmte Rede des französischen Außenministers Robert Schuman am 9. Mai 1950 hingewiesen, die sogenannte Rede im „Salon de l'Horloge“, in welcher er der ganz jungen Bundesrepublik eine gleichberechtigte Form der Partnerschaft anbot, zusammen natürlich mit Italien und den Benelux-Ländern. Keine Form von Rache, keine Form von Demütigung, sondern nur fünf Jahre nach dem Ende des Krieges, in dem Robert Schuman auch als Person gelitten hatte, ein Neubeginn auf der Basis des Vertrauens und der Gleichberechtigung. Vergleichbar ist das auch mit dem, was vor fast 50 Jahren passierte, als de Gaulle mit Adenauer den Prozess der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland symbolisch auf den Höhepunkt brachte und als er nach Deutschland kam, er, der während des Ersten Weltkriegs verwundet worden war, der dann später Kriegsgefangener in Deutschland war und der als erster oder als einer der ersten jede Form der Kapitulation nach der verheerenden

Niederlage von Frankreich im Frühjahr 1940 abgelehnt hatte. Das ganze Leben von de Gaulle kann bis 1963 als ein Leben für die Verteidigung von Frankreich gegen die deutsche Gefahr betrachtet werden. Was tut er, als er wieder an die Macht gekommen ist? Wieder ein Dialog der Partnerschaft, der Gleichberechtigung auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung. Das sind nur einige Beispiele für den Westen. Aber auch im Osten haben wir vergleichbare Beispiele. Ich muss zugeben, dass ich immer noch sehr beeindruckt bin von dem Brief der polnischen Bischöfe im Jahre 1965, wenn ich mich richtig erinnere, mit diesem Inhalt: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Und vergleichbar mit diesem Brief, der mitten im Kalten Krieg geschrieben wurde, in einer Zeit, in der die deutsche Öffentlichkeit sich sehr schwer tat mit der Anerkennung der neuen Grenze und mit der Abtretung von Provinzen, die über Jahrhunderte hinweg deutsche Provinzen gewesen waren, gibt es ein zweites Beispiel, das ich gern noch erwähnen möchte. In einer der ersten Reden von Vaclav Havel, als er nach der „Révolution de velours“, wie wir auf Französisch sagen, die Samtrevolution, zum neuen Führer der demokratischen Partei wurde, sagte er: „Ja, wir haben auch Unrecht gegenüber Deutschland getan, das müssen wir anerkennen, weil wir dieses Unrecht gemacht haben. Und nur auf der Basis der Anerkennung des Unrechts, was wir vielen Deutschen angetan haben, lässt sich eine neue Zukunft aufbauen.“ Das klingt ein bisschen pathetisch, was ich da erzähle, aber das gehört auch zu den Realitäten. Und auch die tiefsten Verschuldungskrisen können nicht darüber hinwegtäuschen.

Ein zweiter Punkt, an welchen ich kurz erinnern wollte: die Konsequenzen des Prozesses der europäischen Einigung beziehungsweise des europäischen Aufbaus. Das war eine Dynamik, die sich von unten her entwickelt hat und die eine immer größere Selbstständigkeit bekommen hat gegenüber der Politik und gegenüber den anderen Instanzen. Ein guter Freund von mir, der Berliner Historiker Hartmut Kälble, hat darüber ganz überzeugende Bücher geschrieben, in denen er aufzeigt, wie im Zusammenhang mit der Konstruktion eines offenen Raumes und mit der Übereinstimmung über gemeinsame Regeln eine neue Dynamik der Annäherung zwischen den Ländern Europas stattgefunden hat, zuerst im westlichen Teil Europas und Gott sei Dank seit 89/90 im gesamteuropäischen Raum, ein Prozess der Annäherung, der stark verbunden ist mit einer zunehmenden Verflechtung zwischen den einzelnen Ländern, und auch eine sehr aktive Zir-

kulation der Güter und der Menschen zwischen den europäischen Ländern. Jeder von Ihnen fährt, glaube ich, Autobahn, und sie haben sicher, wie ich, beobachten können, aus welchen Ländern die Lastwagen jetzt kommen, die uns manchmal den Verkehr auf den deutschen Autobahnen schwer machen, nämlich aus dem ganzen europäischen Raum und darüber hinaus. Und diese sehr vielen Lastwagen aus allen europäischen Himmelsrichtungen sind nur ein Indiz dafür, für diese tiefe Verflechtung und diesen Zirkulationsprozess innerhalb eines wirtschaftlich schon weitgehend integrierten Raums. Aber es gibt auch, und das ist für mich als ehemaliger Hochschullehrer fast wichtiger: die Zirkulation der Menschen. Die wichtigste Gründung im Rahmen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags von 1963 war, neben der Regelmäßigkeit der Konsultationen, die Gründung des deutsch-französischen Jugendwerks. Die Konsequenz davon war, dass beinahe zehn Millionen junge Franzosen und Deutsche die Möglichkeit hatten, das Nachbarland in seiner Eigenart, in seinem Unterschied und auch in seiner Komplementarität zu entdecken. Und kaum hatte sich das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen nach der großen Wende von 89/90 normalisiert, gründeten die Bundesrepublik und Polen auch ein deutsch-polnisches Jugendwerk, das zu einer ähnlichen Mobilisierung der jungen Menschen führt, und das ist auch ganz wichtig. Unter den Leistungen des europäischen Aufbaus, das kennen Sie, Frau Langenfeld, genauso wie ich, haben wir Erasmus, eine der schönsten Leistungen der europäischen Ebene, die, habe ich irgendwo gelesen, möglicherweise in Gefahr steht. Ich hoffe, das ist nur vorübergehend. Aber dank Erasmus haben wir jetzt in all unseren Hochschulen in Europa eine qualifizierte Minderheit von klugen, aktiven, jungen Menschen, die selbstverständlich mehrsprachig sind, und für die es normal ist, einen Teil der eigenen Ausbildung in einem Nachbarland zu machen. Und wenn man sie fragt, was sie sind, ob sie Ukrainer sind, Polen oder Spanier, dann antworten sie „Es gibt keinen Widerspruch, wir sind beides zusammen: Europäer und Ukrainer oder Italiener und Europäer.“ Ich habe einfach die Gesichter einiger der Doktoranden, die ich in den letzten Jahren betreut habe, Revue passieren lassen. Wo kamen sie her? Sie kamen aus Frankreich und Deutschland, selbstverständlich aber auch aus der Tschechischen Republik, aus Polen, aus Italien, aus Spanien, aus Rumänien, aus Griechenland. Das ist der Alltag von Europa heutzutage. Und insofern kann man heutzutage nicht mehr sagen, dass es keine europäische Öffentlichkeit gibt; die gibt es schon in Ansätzen.

Es ist zwar noch nicht die perfekte europäische Öffentlichkeit nach der Definition von Habermas – abgesehen davon, dass wir sie nie haben werden –, aber wir haben inzwischen Formen der Kommunikation, des Austausches zwischen den Menschen und zwischen den Öffentlichkeiten in Europa, die dafür sorgen, dass auch eine genuin europäische Öffentlichkeit mindestens eine genuin öffentliche Debatte stattfinden lässt. Und die Debatte ist das A und O jeder Öffentlichkeit. Und was ich da für die Gegenwart und die Jugend sage, gilt auch für einen Bereich, der mich persönlich sehr interessiert. Das ist die Einstellung zur Vergangenheit. Bis vor zwanzig Jahren hätte man ohne Probleme gesagt: Es gibt eine französische Art mit der Vergangenheit umzugehen, eine deutsche, eine polnische, eine italienische. Das gilt immer noch heutzutage, aber viel weniger. Durch den Prozess der europäischen Einigung, durch den Frieden in Europa, durch den Austausch und die Zirkulation der Menschen haben die Bewohner der unterschiedlichen Länder Europas allmählich entdeckt, dass ihre Geschichte nicht alleine steht, sondern dass sie strukturell mit der Geschichte der Nachbarländer verbunden ist. Für die heutigen Franzosen ist die deutsche Geschichte ein Teil ihrer eigenen Geschichte. Das ist nicht mehr eine fremde Geschichte, das ist ein Teil der eigenen Geschichte. Das Gleiche gilt für die jungen Polen oder auch für die jungen Niederländer. Das ist eine Beobachtung, die ich ständig machen kann. Es gibt zwar kein einheitliches Narrativ für Europa in dem Sinne, dass alle Europäer eine gemeinsame Sicht der Vergangenheit hätten. Ob man sich das wünschen sollte, bleibe dahingestellt. Aber es gibt ohne Zweifel die Existenz eines Europas als Erinnerungsraum und innerhalb Europas als Erinnerungsraum gibt es schon Ansätze einer europäischen Erinnerungsgemeinschaft. Man debattiert in Frankreich über den Gulag, über die Bedeutung der kommunistischen Vergangenheit in Frankreich, und zwar nicht nur als ein französisches Problem, sondern genauso als ein gesamteuropäisches Problem. Und umgekehrt haben wir das ganz intensiv gesehen in den zwei letzten Jahrzehnten. Man diskutiert leidenschaftlich in den osteuropäischen Staaten über die Vergangenheit, über die eigene nationale Vergangenheit, über die Verstrickung von vielen Generationen in den Völkermorden, die leider so charakteristisch sind für die europäische Geschichte. Wir haben keine gemeinsamen Erinnerungen, aber immerhin haben wir schon geteilte Erinnerungen und das ist besser als getrennte Erinnerungen.

Man sollte sich hüten, in Zeiten der Krise die Vergangenheit zu idealisieren. Viele Redner haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Geburt der europäischen Idee eine mehr als schmerzliche war. Sie ist nicht aus dem Kopf von Jupiter geboren worden, nein, das war ein sehr schwieriger, mühsamer, konfliktreicher Prozess, in welchem die Krisen eine entscheidende Rolle gespielt haben. Zusammengefasst gibt es drei Phasen in der Entstehung dieser europäischen Idee. Die erste Phase war das Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 mit dem Westfälischen Frieden, bei dem zum ersten Mal Europa als politische Realität thematisiert wurde und bei dem die Vertreter fast aller europäischen Staaten gemeinsame Regeln erarbeitet haben, damit eine neue Form des Zusammenlebens in Europa möglich wurde. Übrigens, die Schöpfer dieses Meisterwerks waren in ihrer überwiegenden Mehrheit Juristen und weder Politiker noch Geistliche. Das war die erste Phase. Die zweite Phase: Die Neustrukturierung von Europa nach den großen Umwälzungen verbunden mit verheerenden Kriegen des Revolutionszeitalters und der Napoleonischen Zeit – und das sind die Wiener Verträge, die dafür gesorgt haben, dass Europa – vor allem Westeuropa, aber nicht nur – im 19. Jahrhundert bis 1914 in einem relativen Frieden gelebt hat. Und die dritte Phase war unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Die großen Schritte – um mich noch einmal zu wiederholen – sind nicht zu trennen von den tiefgreifenden Krisen, die selber mit Abgrund, mit Zerstörung und mit Verzweiflung gegenüber der Zukunft verbunden waren. Und das zeigt, dass man auch in einer relativ harmlosen Krisenzeit wie der heutigen, in der kein Krieg ist, in der niemand umkommt, die Verzweiflung sicher nicht an der Tagesordnung sein sollte.

Eine andere Sache, an welche man erinnern sollte: Der Prozess der europäischen Integration war nach dem Zweiten Weltkrieg alles andere als ein geradliniger Prozess. Es gab auch viele Rückfälle, vieles ist gescheitert. Es wurde, glaube ich, gestern von dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gesprochen. Später hatten wir auch über mehrere Jahre hinweg – von de Gaulle selbst initiiert – die „Politik des leeren Stuhls“ in Brüssel. Wir hatten – das wurde sehr oft gestern und heute gesagt – die Nichtrespektierung der Maastrichter Regeln durch die Bundesrepublik und durch Frankreich – ein sehr schlechtes Beispiel der deutsch-französischen Partnerschaft, das man nicht vergessen sollte, wenn die beiden Länder manchmal in die Versuchung kommen, sich als Motor von Europa darstellen zu wollen. Frankreich und Deutschland können Motor sein, ohne Frankreich

und Deutschland kann sich in Europa nichts entwickeln, aber wie jeder Motor hat auch dieser Motor eine Bremse und Frankreich und Deutschland können auch eine Bremse sein. Manchmal frage ich mich, ob sie es auch heute noch verdienen, diesen Leitungsanspruch in Europa zu erheben. Und schließlich sollten wir nicht vergessen, dass auch bei den überzeugtesten Europäern, bei Robert Schuman, bei Adenauer und bei den großen Vätern Europas, die man so gerne beschwört, die idealistischen Ziele für die Zukunft immer verbunden waren mit der Verteidigung von nationalen Interessen. Es gibt keinen Widerspruch zwischen Idealismus und Verteidigung der eigenen Interessen. Ich würde gerne – wenn Sie erlauben – ein Zitat von einem der begabtesten Historiker, den ich kenne, den leider viel zu früh gestorbenen Tony Judt: „Die Europäische Union“, so schrieb er, „ist zum größten Teil das unbeabsichtigte Produkt jahrzehntelanger Verhandlungen westeuropäischer Politiker, die hauptsächlich versuchten, ihre nationalen Interessen durchzusetzen.“ In dem Versuch, die Realität zu sehen wie sie ist, möchte ich daran erinnern, dass Europa bei aller Wichtigkeit der Interessen und der Interessenkonflikte trotzdem mehr als eine reine Interessengemeinschaft ist. Sie ist auch eine Wertegemeinschaft basierend auf Werten, die das Ergebnis einer sehr langen Geschichte sind, einer widerspruchsvollen Geschichte, die nicht nur Lichtseiten hat, sondern auch sehr viele Schattenseiten, die man nicht vergessen sollte. Man weiß es ganz genau hier in Deutschland, das ist noch sehr gegenwärtig. Aber neben der Schattengeschichte des Dritten Reiches und des Völkermordes gab es zum Beispiel die Schattengeschichte der Ausbeutung der Welt außerhalb von Europa, die Sklaverei, die bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in einem unendlichen Ausmaß in Europa getrieben wurde, die Kolonisierung, die nicht nur zum Fortschritt der kolonisierten Länder beigetragen hat, usw. Das alles gehört dazu und das ist nicht voneinander zu trennen. Das scheint für mich als Historiker ganz wichtig zu sein. Man kann nicht das Positive für sich beanspruchen und sagen, dass das Negative vorbei ist. Nein, beides ist miteinander strukturell verbunden. Ich gebe nur ein Beispiel: Wir sind sehr stolz darüber in Europa, ein Kontinent zu sein, der angeblich die Demokratie erfunden hat. Und das war u. a. ein Grund dafür, warum Griechenland, obwohl die wirtschaftlichen und finanziellen Koordinaten nicht in Ordnung waren, in die Gemeinschaft aufgenommen wurde. Gut, aber was war die Demokratie in Athen im 5. Jahrhundert? Das war erstens eine reine Männerdemokratie und zweitens beruhte sie auf einem gesellschaft-

lichen System, das auf der Sklaverei beruhte. Das heißt, ohne Sklaverei keine Demokratie. Demokratie ist keine reine Erfindung, sie ist verbunden mit Zuständen und Verhältnissen, die wir heute als unerträglich betrachten.

Zwei europäische Werte scheinen für mich ganz wichtig zu sein. Der wichtigste Wert in Europa ist vielleicht der Wert der Freiheit, eine Freiheit, die sich durch ganz unterschiedliche Formen deklinieren lässt und die einen gemeinsamen Nenner auch für die europäische Geschichte während des Kalten Krieges darstellt. Wenn Sie Zeit haben und Lust, würde ich Sie sehr gerne dazu einladen, die faszinierende Ausstellung zu besuchen, die zurzeit im Deutschen Historischen Museum in Berlin gezeigt wird unter dem Titel „Verführung Freiheit“. Sie zeigt anhand von Kunstwerken, wie das Streben nach Freiheit im Westen wie auch im östlichen Teil Europas den roten Faden der europäischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg darstellt.

Das Zweite, was ich noch hervorheben würde, wäre das Prinzip der Solidarität, von der heute zu Recht schon so viel gesprochen wurde. Wenn wir eine Eigenart der Europäischen Union im Vergleich zu anderen Formen der supranationalen Zusammenschlüsse suchen, dann ist sie in der Erfindung des Sozialstaates und des Wohlfahrtsstaates zu finden. Nirgendwo im Rest der Welt haben wir eine vergleichbare Sache: Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit sind zusammengefasst die drei wichtigen Werte, die uns gemeinsam sind und an die man nie genug erinnern sollte, um daran die Wirtschafts- und die Finanzpolitik zu messen – wenn ich mir das erlauben darf.

Ich komme zu dem dritten Teil meines Referats. Ich hatte zu Beginn gesagt, die Krise, die wir zurzeit erleben, ist vor allem eine Vertrauenskrise, daher die Frage: Wie, mit welchen Mitteln, mit welchen Initiativen ließe sich das Vertrauen in Europa wieder herstellen? Ich will nur vier kurze Vorschläge in diesem Sinne zur Diskussion stellen, obwohl wir leider anschließend nicht diskutieren können. Erster Vorschlag: Es klang sehr oft hier in der Diskussion an, dass Europa auch aus Vielfalt besteht. Sicher hat im heutigen Europa, vor allem in der Eurozone, die Bundesrepublik die größte Rolle und das Gefälle zwischen der Bundesrepublik und Frankreich hat zugenommen in den letzten Jahren. Das sieht man einfach an den Prozentsätzen im ESM: 27 % für die Bundesrepublik, 20 % für Frankreich, 18 % für Italien. Aber bei aller relativen Dominanz von Deutschland sollte man sich hüten – aber daran wurde sehr oft hier erinnert – alles an

der deutschen Elle zu messen. Europa ist zum Glück mehr als nur Deutschland. Ich gebe nur einige Beispiele dieser schwierigen gegenseitigen Anerkennung unserer Unterschiede in der Gemeinsamkeit. Es wurde hier in diesem Raum sehr oft vom Recht gesprochen und zwar zu Recht. Ich weiß als ein Historiker, der eine lange Zeit in Deutschland gelebt hat, wie wichtig das Recht für das Verständnis der deutschen Mentalität und der deutschen Politik ist, nicht erst seit dem Zweiten Weltkrieg, sondern viel vorher schon – ich würde sagen seit der Goldenen Bulle. Ohne die Verpflichtung auf das Recht lässt sich die deutsche Geschichte kaum verstehen. Aber das hat dazu geführt, dass der Begriff „Recht“ in der deutschen Sprache eine Fülle hat, die er in den anderen Sprachen nicht hat, insbesondere, wenn man konkret fragt: Wie steht es im Verhältnis zwischen Recht und Politik? Hier in der Bundesrepublik bzgl. des Verhältnisses zwischen Recht und Politik ist das Recht fast gleichberechtigt mit der Politik. Fragen Sie mal einen Franzosen, ob für ihn Recht und Politik zwei gleichberechtigte Größen sind, er würde lachen. Und wenn man einen Franzosen fragt „Was ist für Sie das wichtigste Rechtsdokument?“, wird er nie „die Verfassung“ sagen, sondern er wird „Code Civil“ sagen, das heißt Privatrecht und Zivilrecht. Und das datiert nicht von heute, das ist viel älter. Ich habe mich einmal aus Spaß damit beschäftigt, die Stellung der Juristen in den französischen und deutschen Romanen des 19. Jahrhunderts zu vergleichen. Es gibt sehr viele Juristen in beiden, ob bei Balzac oder Fontane usw., aber die sind ganz unterschiedlich strukturiert. In den deutschen Romanen sind sie vor allem Referendare und Assessoren, in den französischen Romanen Notare und Rechtsanwälte. Das zeigt schon den Unterschied in den jeweiligen Kulturen des Rechts, das heißt, eine Beschwörung des Rechts nach deutschem Maßstab ist zwar ganz wichtig, aber nicht die Antwort auf alle Fragen. Andere Beispiele ließen sich noch hinzufügen. Ich will nur noch eins weiter anführen: Es wurde sehr oft und meiner Ansicht nach zu Recht auf die fehlenden Reformen in Frankreich hingewiesen und auf die Tatsache, dass die naiven Franzosen es sich leisten, so früh in Rente zu gehen, während die arbeitsamen Deutschen noch sehr lange arbeiten. Das stimmt, aber das hängt auch mit strukturellen Unterschieden zusammen, zum Beispiel mit der Tatsache, dass die Bundesrepublik seit Jahren schon Schlusslicht in Europa ist, was die demographische Entwicklung angeht, während Frankreich die höchste Geburtenrate in Europa seit mehreren Jahren hat. Man schätzt, dass die Bevölkerung im Jahre

2030 in den beiden Ländern gleich groß sein wird. Es ist klar, dass ein Land mit vielen Kindern seine Rentenpolitik und den Generationenvertrag etwas anders gestalten kann als ein Land ohne Kinder oder mit zu wenigen Kindern. Mehr will ich nicht davon herleiten, aber ich glaube, eine Rückkehr zu der Vielfalt, die konstitutiv ist für Europa und die einen Reichtum für Europa darstellt, wäre sicher keine verlorene Sache.

Zweiter Vorschlag – das wurde sehr oft und zu Recht gestern und vor allem heute gesagt: mehr Demokratie. Ich sehe keinen Ausweg aus der Krise, außer mit mehr Demokratie für Europa. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Märkte ist wichtig, aber viel wichtiger ist es, das Vertrauen der Bürger wiederherzustellen, und zwar nicht nur in einem passiven Sinne, wie ich das oft hier gehört habe, in dem Sinne der Akzeptanz. Akzeptanz, das bedeutet im Grunde, dass die Bürger zustimmen, aber dass sie die Entscheidung nicht treffen, nein, im Sinne der Bestimmung. Ein Europa, in welchem die Bürger nicht die Möglichkeit haben, das Schicksal von Europa mitzubestimmen, verdient nicht als demokratisches Europa betrachtet zu werden. Und deswegen war das Plädoyer von Herrn Weber, welches auf mehr Demokratie, mehr Rechte für das Europäische Parlament abzielte, oder der Vorschlag von Bundesminister Schäuble für die Direktwahl des Kommissionspräsidenten für mich sehr willkommen. Ich bin sicher, dass, wenn man diesen Schritt täte – wann, das weiß ich noch nicht, aber das muss man als Perspektive haben –, die Legitimität der europäischen Ebene eine ganz andere wäre, als sie heute ist. Wir haben das in Frankreich einfach erlebt zwischen 1958 und 1962. Zu Beginn der V. Republik wurde der Präsident der Republik – das war de Gaulle – gewählt durch Wahlmänner, etwa wie der Präsident der Bundesrepublik heutzutage. Und dann gab es das Referendum vier Jahre später, 1962, mit der Direktwahl des Präsidenten der Republik. Und diese Direktwahl hat die Funktion des Präsidenten total geändert. Ich bin sicher, dass man – wenn man es wagen würde, mehr Vertrauen in die Bürger zu haben –, ihnen auch die Möglichkeit geben könnte, selber die Männer und Frauen zu wählen, die für sie entscheiden, und dass man den Bürgern auch die Möglichkeit geben könnte, diese Männer oder Frauen wieder abzuwählen, wenn sie mit dem Kurs, den sie eingeschlagen haben, nicht einverstanden sind, dann hätten wir ein ganz anderes Europa. Und heute ist das nicht der Fall. Ich wüsste nicht, dass die europäischen Bürger die Möglichkeit hätten, die Kommission abzuwählen, oder eine Kursänderung durch-

zuführen. Das Einzige, was sie machen können, ist, die Regierung in ihrem jeweiligen Land abzuwählen und durch eine andere zu ersetzen. Aber der Übergang von einer indirekten Demokratie zu mehr Demokratie, und das heißt zur direkten Demokratie in Europa, wäre ein ganz entscheidender Schritt, an den man denken müsste, wenn – wie das zur Zeit geschieht – die Verflechtung auf Finanz- und Währungsebene noch dichter wird. Eine Rehabilitierung der Politik scheint mir an der Tagesordnung zu sein, und zwar nicht nur auf nationaler, sondern vielmehr noch auf europäischer Ebene. Gerne würde ich eine Formulierung von Gesine Schwan in diesem Zusammenhang in die Debatte bringen. In Anspielung auf den Satz von Angela Merkel, wonach wir eine marktkonforme Demokratie bräuchten, erwiderte Gesina Schwan, es sei stattdessen viel mehr nötig, demokratiekonforme Märkte zu haben.

Dritter Vorschlag: Ich bin fest davon überzeugt, dass man in Europa – und zwar nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch auf gesamteuropäischer Ebene – viel mehr für die Jugend machen müsste, das heißt für ihre Zukunft. Herr Issing hat zu Recht darauf hingewiesen, wie auch Herr Weber. Die Tatsache, dass es heutzutage in Spanien eine Jugendarbeitslosigkeit von 46 % gibt, dass in Griechenland 40 % der Jugendlichen arbeitslos sind, dass es in Irland 30 % oder in Frankreich, Polen, Rumänien, Schweden 25 % sind, das ist ein regelrechter Skandal und das darf man nicht akzeptieren. Denn das bedeutet de facto, dass das Europa wie es heute funktioniert, ein Club von alten Personen ist, die ihren Besitzstand auf Kosten der Jugend wahren. Und da gibt es sehr schnell Handlungsbedarf, nicht nur, um Proteste zu vermeiden, sondern auch, um den Blick umzukehren und nicht nur die Wahrung der Besitzstände, sondern die Sicherung der Zukunft im Blick zu haben. Ohne Zukunft wird es kein Europa geben. Wenn Europa entarten und in erster Linie zu einem Club von reichen, alten Personen werden sollte, dann wäre das der Beginn des Endes für Europa. Darüber wurde viel gesprochen, aber für mich war es existenziell notwendig, darauf hinzuweisen. Eine, wenn auch gut gedachte Finanzpolitik, die zum Ergebnis hat, dass die Jugendarbeitslosigkeit größer wird, ist eine verkehrte Finanzpolitik.

Ich komme jetzt zum Schluss dieses zu langen Referats, in welchem ich mich möglicherweise zu sehr von meiner eigenen Leidenschaft für das Thema habe anstecken lassen. Was ich mir wünschen würde – und ich hoffe, dass sie mit mir meinen Wunsch teilen werden –, wäre, dass wir bald zu einem Europa zurückkommen, in dem

man Lust hat, kontrovers und offen über die Zukunft zu diskutieren. Herr Weber sagte glaube ich: „Wir sollten wieder die Freude am Experimentieren entdecken.“ Europa als Experimentierfeld, ich kann mir keine bessere Formulierung meines Wunsches für die Zukunft vorstellen.

Ich bedanke mich für Ihre großzügige Aufmerksamkeit.